

Wichtiger Hinweis zu den in dieser Datei enthaltenen Formblättern:

Da es aus programmtechnischen Gründen nicht möglich ist, Formulare im Hoch- und Querformat in einer Datei unterzubringen, wurden diese in zwei Dateien gepackt:

	Nummern der Formblätter
Hochformat	Inhaltsübersicht, 1.1 + 1.2, 2.13, 2.14, 2.15, 2.16, 2.17, 2.18/1-3, 2.19/1-2, 2.21/1-3, 2.22/1-3
Querformat	2.1, 2.2a, 2.2, 2.3, 2.4, 2.5, 2.6, 2.7, 2.8, 2.9, 2.10, 2.10a, 2.10b, 2.11, 2.12, 2.20

Die Dateien beinhalten jeweils ein Blatt der betreffenden Formblätter. Werden von einigen Formblättern mehrere Seiten benötigt, können die jeweiligen Dateien für die einzelnen Formblätter aufgerufen werden. Die Dateien für die Formblätter 2.1 bis 2.7 bieten dabei die Möglichkeit, innerhalb einer Datei 5 Seiten (10 Seiten bei Formblatt 2.4) auszufüllen und zu speichern.

Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung**1. Antragstellung**

Formblätter 1.1 und 1.2 -fach

2. Antragsunterlagen

2.1 Anlagen- und Betriebsbeschreibung / Kurzbeschreibung des Vorhabens -fach

2.2 Immissionsschutz

2.2.1 Schematische Darstellung der Anlage -fach

2.2.2 Darstellung der technischen Betriebseinrichtung - **Formblatt 2.1** -fach

2.2.3 Darstellung des Produktionsverfahrens/Stoffbilanz - **Formblätter 2.2 - 2.4** -fach

bei Abfällen als gehandhabte Stoffe - **Formblatt 2.2a** -fach

2.2.4 Angaben zu Emissionen - **Formblätter 2.5 - 2.7** -fach

2.2.5 Angaben zu Lärm-Emissionen und -Immissionen - **Formblätter 2.8 und 2.9** -fach

2.2.6 Sicherheitsvorkehrungen / Störfall - **Formblätter 2.10, 2.10 a und 2.10 b** -fach

2.2.7 Abfallverwertung und Abfallbeseitigung - **Formblätter 2.11 und 2.12** -fach

2.2.8 Energieeffizienz / Wärmenutzung -fach

2.2.9 Maßnahmen nach der Betriebseinstellung -fach

2.3 Bauvorlagen

2.3.1 Topographische Karte -fach

2.3.2 Lageplan -fach

2.3.3 Bauzeichnungen, Baubeschreibung nach BauPrüfVO -fach

2.3.4 Brandschutz - **Formblätter 2.13 und 2.14** -fach

2.4 Arbeitsschutz

Formblätter 2.15 - 2.17 -fach

2.5 Wasserwirtschaft

Formblätter 2.18 - 2.21 -fach

2.6 Natur und Landschaft

Formblatt 2.22 -fach

3. Sonstige Unterlagen

3.1 Sonstige Beschreibungen -fach

3.2 Gutachten -fach

Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung

Formblatt 1.1

1. Antragstellung

Antrag

1.1 Antragsteller

Name

PLZ

Ort

Straße

Nummer

Zur Bearbeitung von Rückfragen (Abteilung, Ansprechpartner)

Telefon

Telefax

E-Mail

Immissionsschutzbeauftragte/r

Störfallbeauftragte/r

Abfallbeauftragte/r

1.2 Antragsgegenstand

Beantragt wird:

in Verbindung mit:

Genehmigung für Neuanlage (§ 4 BImSchG)

Zulassung vorzeitigen Beginns (§ 8a BImSchG)

Genehmigung zur Änderung einer bestehenden Anlage (§ 16 BImSchG)

Verfahren ohne Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 16 Abs. 2 BImSchG)

Teilgenehmigung (§ 8 BImSchG)

Antrag auf förmliches Verfahren (§ 19 Abs. 3 BImSchG)

Vorbescheid (§ 9 BImSchG)

Genehmigung als Versuchsanlage (§ 19 BImSchG in Verbindung mit § 2 Abs. 3 der 4. BImSchV)

Es wird Bezug genommen auf:	Datum	Aktenzeichen der Genehmigungsbehörde
Anzeige n. § 67/67a Genehmigung		
Änderungsgenehmigung(en)		

Folgende Genehmigungen / Erlaubnisse sollen gemäß § 13 BImSchG eingeschlossen werden:

Dampfkessel nach § 18 Abs. 1 Nr. 1 BetrSichV

Anlagen nach § 18 Abs. 1 Nr. 3 BetrSichV

Füllanlagen nach § 18 Abs. 1 Nr. 2 BetrSichV

§ 58 WHG (Einleiten von Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen)

§ 63 WHG (Eignungsfeststellung)

Die dafür vorgesehenen Anträge gemäß den geltenden Vorschriften sind beigelegt.

Blatt

Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung

Antrag

1.3 Standort der Anlage

PLZ Ort Straße Nummer

ggf. Werksbezeichnung

Gemarkung Flur Flurstück

Flurstück-Nr.

bei ortsveränderlichen Anlagen Angaben der vorgegebenen Standorte (ggf. Sonderblatt)

1.4 Die Anlage ist Teil

eines nach der Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 761/2001 sowie der Beschlüsse der Kommission 2001/681/EG und 2006/193/EG registrierten Unternehmens

1.5 Art und Umfang der Anlage (des Teils der Anlage)

Nummer / Buchstabe(n) / Bezeichnung gemäß Anhang 1 zur 4. BImSchV

Werksinterne Bezeichnung der Anlage

Umfang / Leistung

Bei Änderung bereits bestehender Anlagen:

Gegenstand der Änderung

Umfang / Leistung der bestehenden Anlage

Umfang / Leistung der geänderten Anlage

1.6 Zeitpunkt der vorgesehenen Inbetriebnahme (Monat/Jahr)

1.7 Voraussichtliche Kosten der beantragten Anlage

Gesamtkosten davon Baukosten gemäß DIN 276 davon Anlagekosten

1.8 Ausfertigung der Unterlagen:

Ort

Datum

Unterschrift, Firmenstempel

Antragsunterlage für immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren		Formblatt 2.13	Blatt		
		Brandschutz			
Angaben zum Brandschutz für das Gebäude / Anlagenteil:					
1. Beschreibung des Gebäudes / Anlagenteils unter brandschutztechnischen Gesichtspunkten					
Raum-Nr.	Grundfläche in m ²	Geschoss	Nutzung	Rettungsweglänge in m	Rauchabzugsöffnung in m ²
Feuerwiderstandsfähigkeit nach DIN 4102					
Raum - Nr. (wie oben)	Tragkonstruktion Material	Deckenkonstruktion Material	Außenwände Material	Dachkonstruktion Material	
Die Brandabschnitte sind aus nachgenannten Zeichnungen erkennbar:					
Nummer(n)					
Sonstige Erläuterungen					
2. Branderkennung und -meldung					
Stündliche Kontrolle mit Meldemöglichkeit (wie Telefon, Feuermelder, Funkgerät etc.) Automatische Brandmeldung, Art: Durchschaltung zu einer ständig besetzten Alarmzentrale des Werks / der Werksfeuerwehr Durchschaltung zu einer ständig besetzten Feuerwehroleitstelle Sonstiges:					
3. Brandbekämpfung durch Feuerwehr (Werksfeuerwehr, Gemeindefeuerwehr)					
Feuerwehr, die innerhalb von 20 Minuten nach Alarmierung mit der Brandbekämpfung beginnt (schwerer Atemschutz einsetzbar)					
Feuerwehr, die innerhalb von 10 Minuten nach Alarmierung mit der Brandbekämpfung beginnt (schwerer Atemschutz einsetzbar)					
Feuerwehr, die diese Anforderungen nicht erfüllt					
Stärke der zuerst eintreffenden Kräfte:					
			tagsüber	nachts	

Antragsunterlage für immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren				Formblatt 2.14	Blatt
				Brandschutz	
4. Löscheinrichtungen					
Raum - Nr.	Halbstationäre Löschanlage	Automatische Löschanlage	Feuerlöscher (Anzahl, Typ)	Sonstige Einrichtungen (Steigleitungen, Wasserhydranten)	
5. Unzulässige Löschmittel / verbotener Bereich / Begründung:					
6. Löschwasserversorgung					
L1		800 l/min	L2		1600 l/min
			L3		3200 l/min
stehen für einen Zeitraum von mindestens 2 Stunden zur Verfügung					
6.1 Sammelwasserleitung					
Durchmesser	mm	Leistung		l/min	bei Druck
					bar
Verästlungssystem		Überflurhydranten	Anzahl	Entfernung zum Gebäude / Anlagenteil	
Ringsystem		Unterflurhydranten	Anzahl	Entfernung	
					m
					m
6.2 Unabhängige Löschwasserversorgung (Teiche, Brunnen, Zisternen)					
Art				Kapazität in m ³	
7. Löschwasserrückhaltung für den Bereich:					
7.1 Der Richtwert für das erforderliche Löschwasser-Rückhaltevolumen beträgt					m ³
Die Berechnungsgrundlage ergibt sich aus:					
für Neuanlagen		für bestehenden Anlagen			
LöRüRL		TRbF 100			
		TRGS 514 (sehr giftige und giftige Stoffe)			
Erläuterung sonstiger Berechnungsgrundlagen (z. B. für Produktionsbereiche)					
Eine nachvollziehbare Berechnung nach den vorstehenden Grundlagen ist enthalten auf					Blatt
7.2 Eine detaillierte Beschreibung der Löschwasser-Rückhalteeinrichtungen (Auffangräume, Löschwasserschotts, Kanalabsperrungen etc.) unter wasserwirtschaftlichen Gesichtspunkten enthält					Blatt
Eine zeichnerische Darstellung enthält Zeichnung					Nummer
Das Löschwasser-Rückhaltevolumen für den o. a. Bereich beträgt					m ³

Antragsunterlage für immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren

Formblatt 2.15

Arbeitsschutz**1. Voraussichtlicher Personaleinsatz im Normalbetrieb**

	zusätzlich	insgesamt	max. gleichzeitig anwesend
Männer			
Frauen			

2. Arbeitszeit

Arbeitstage je Woche	Zahl der Schichten
Beginn und Ende der Arbeitszeit	maximale Maschinenlaufzeit pro Tag

3. Arbeitsplätze

Einzelarbeitsplätze	ja	nein	Hitzearbeitsplätze	ja	nein
Kältearbeitsplätze	ja	nein	Ortsgebundene Arbeitsplätze im Freien	ja	nein

Wenn ja, Beschreibung der Arbeitsplätze, Angabe der Zahl der betroffenen Arbeitnehmer auf Blatt

4. Sozial-, Sanitär- und Sanitäreinrichtungen

Raum	Zahl der Räume	Größe (m ²) je Raum	max. Zahl der Benutzer	Ort (Plan- oder Raum-Nr.)
Pausenräume				
Bereitschaftsräume				
Räume für körperliche Ausgleichsübungen				
Umkleieräume				
- Frauen				
- Männer				
Toilettenräume				
Frauen-Toiletten Anzahl				
Männer-Toiletten Anzahl				
Sanitätsraum				

Waschräume

	Zahl der Räume	Größe (m ²) je Raum	max. Zahl der Benutzer	Waschgelegenheiten Art (Duschen, Waschbecken)	Zahl
Männer					
Frauen					

Sind Sozial-, Sanitär- und Sanitäreinrichtungen nach obiger Aufstellung bereits vorhanden? Ja Nein

Wenn ja, Angaben hierzu auf

Blatt

**Antragsunterlage für immissionsschutzrechtliches
Genehmigungsverfahren**

Formblatt 2.16

Arbeitsschutz**5. Belüftung von Arbeitsräumen**

Lüftungsart	Ort (Plan- oder Raum-Nr.)		
Freie Lüftung			
Raumlufotechnische Anlage			

Luftführung nebst Lüftungsparameter siehe....

Blatt

Ja Nein

Wird belastete Abluft aus Absauganlagen in Arbeitsräume zugeführt?

Wenn ja

Raum-Nr.	Schadstoff	Konzentration mg/m ³	Rückgeführte Luftmenge / h	Luftwechsel / h

6. Lärm am Arbeitsplatz

Ja Nein

Sind Arbeitsplätze vorhanden, an denen der Tageslärnexpositionspegel 80 dB (A) überschreitet?

Sind Arbeitsplätze vorhanden, an denen der Spitzenschallpegel 135 dB (C) überschreitet?

Wenn ja

Ort (Plan- oder Raum-Nr.)	Lärmverursacher	Arbeitsplatzbezogener Emissionswert nach Herstellerangabe	Zahl der betroffenen Arbeitnehmer

Beschreibung der Lärmschutzmaßnahme siehe

Blatt

Antragsunterlage für immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren			Formblatt 2.17	Blatt	
			Arbeitsschutz		
7. Umgang mit Gefahrstoffen, einschl. möglicher Entstehung explosionsfähiger Atmosphären					
Gefahrstoffe und Gefährlichkeitsmerkmale sind analog Formblatt 2.4 anzugeben					
Gefahrstoffbezeichnung	Gefährlichkeitsmerkmal	Zahl der Arbeitnehmer, die damit umgehen	Schutzmaßnahme		
Beschreibung der Schutzmaßnahme auf				Blatt	
Beschreibung von Maßnahmen zum Explosionsschutz siehe				Blatt	
8. Lagerung von Gefahrstoffen					
Gefahrstoffbezeichnung	Gefährlichkeitsmerkmal	Menge	Lagerort	Zusammenlagerung mit	
9. Überwachungsbedürftige Anlagen nach GPSG					
9.1 Lager für hoch-, leicht-, entzündliche Flüssigkeiten nach BetrSichV					
Art und Menge der Flüssigkeit	Gefährlichkeitsmerkmal	Ort der Lagerung	Art der Behälter	Zusammenlagerung mit	
9.2 Füllstelle für hoch-, leicht-, entzündliche Flüssigkeiten nach BetrSichV					
Art der Flüssigkeit	Gefährlichkeitsmerkmal	Abfüllmenge in l/h	Ort der Füllstelle (im Freien, im Raum)	Schutzmaßnahmen	
9.3 Sonstige überwachungsbedürftige Anlagen					
Werden überwachungsbedürftige Anlagen im Sinne des § 1 Abs. 2 der BetrSichV errichtet, die durch zugelassene Überwachungsstellen zu prüfen sind?				Ja	Nein
Wenn ja, Ausführungen dazu auf				Blatt	
10. Umgang mit biologischen Arbeitsstoffen					
			gezielte Tätigkeit	nicht gezielte Tätigkeit	
Biologischer Arbeitsstoff	Risikogruppe	Zahl der Arbeitnehmer, die damit umgehen	Schutzstufe / Schutzmaßnahmen nach BioStoffV		
Beschreibung der Schutzmaßnahmen auf				Blatt	

Antragsunterlage für immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren		Formblatt 2.18 / 1			
		Abwasser, Wasserversorgung			
Nr.	Abwasserart / Kategorie	erforderliche Angaben		sonstige Angaben / Hinweise	
1.	Häusliches Abwasser	Menge in l/s, m³/h, m³/d, m³/a und EW:		Ableitung: in öffentliche Kanalisation	
				in <input type="text" value="Gewässer (Benennung)"/>	
2.	Kühlwasser	Zuordnung zu den jeweiligen Ziffern des Anhangs 31 der Abwasserverordnung (AbwV)		Ableitung in öffentliche Kanalisation	
				in <input type="text" value="Gewässer (Benennung)"/>	
		Menge in l/s, m³/h, m³/d und m³/a:	Temperatur:		
		Ist eine Vorbehandlung des Abwassers für einzelne Teilströme gemäß AbwV erforderlich (ggf. detaillierte Darstellung im Antrag):			
		Ggf. Darstellung der Erfordernis einer Indirekteinleitergenehmigung (im Antrag)			
		Abwasserinhaltsstoffe jeweils vor und nach der Abwasserbehandlung (Konzentration in mg/l und Fracht in kg/d):			
		(Angaben in der Regel auf separatem Blatt)			
3.	Produktions- abwasser	Herkunftsbereich (e) gem. AbwV:		Ableitung in öffentliche Kanalisation	
		Ist eine Vorbehandlung des Abwassers für einzelne Teilströme gemäß AbwV erforderlich (ggf. detaillierte Darstellung im Antrag):		in <input type="text" value="Gewässer (Benennung)"/>	
		Ggf. Darstellung der Erfordernis einer Indirekteinleitergenehmigung (im Antrag)			
		Menge in l/s, m³/h, m³/d und m³/a:			
		Art des Anfalls (kontinuierlich od. diskontinuierlich):			
		Abwasserinhaltsstoffe jeweils vor und nach der Abwasserbehandlung (Konzentration in mg/l und Fracht in kg/d):			
(Angaben in der Regel auf separatem Blatt)					

Antragsunterlage für immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren			Formblatt 2.18 / 2	
			Abwasser, Wasserversorgung	
Nr.	Abwasserart / Kategorie	erforderliche Angaben	sonstige Angaben / Hinweise	
4.	Niederschlags- wasser	ha befestigte Fläche:	Ableitung: in öffentliche Kanalisation in <table border="1" style="display: inline-table; vertical-align: middle;"><tr><td style="padding: 2px;">Gewässer (Benennung)</td></tr></table>	Gewässer (Benennung)
		Gewässer (Benennung)		
(ggf. mit Unterscheidung zwischen verunreinigtem und nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser)				
5.	Allgemeine Anforderungen	ggf. Nachweis der Einhaltung aller zutreffenden "Allgemeinen Anforderungen" aus § 3 AbwV sowie Teil B des / der relevanten Anhänge aus der AbwV (detaillierte Darstellung im Antrag)	Hinweis: Dieser Nachweis ist auch für bestehende Anlagenbereiche zu führen!	
6.	Abwasser- behandlungs- anlagen	Vorhandene Abwasserbehandlungsanlagen für einzelne Teilströme:	Für alle Anlagen jeweils mit Erläuterungsbericht, Beschreibung des Behandlungsverfahrens, Angabe zu den Bemessungsgrundlagen, Lageplan mit Angaben zur Führung der Abwasser(teil)ströme.	
		Vorhandene zentrale Abwasserbehandlungsanlagen des Betriebes:		
		Darstellung der beantragten neuen / geänderten Abwasserbehandlungsanlagen (detaillierte Darstellung im Antrag entsprechend Formblatt "Antragsunterlagen für Abwasseranlagen)		
7.	Wasserrechtliche Zulassungen zu Abwasser- einleitungen	Vorhandene wasserrechtliche Erlaubnisse zur Einleitung von Abwasser in ein Gewässer (in Kopie dem Antrag beilegen)		
		Vorhandene Indirekteinleitergenehmigungen zur Einleitung von Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen (in Kopie dem Antrag beilegen)		
		Angaben zu erforderlichen Änderungen in gültigen wasserrechtlichen Zulassungen bzw. zu erforderlichen neuen wasserrechtlichen Zulassungen		
8.	Wasser- versorgung	Angaben zur Wasserversorgung (Zustimmung des Wasserversorgers; bei Eigenversorgern Vorlage der wasserrechtlichen Entnahmeerlaubnis bzw. Aussagen zu erforderlichen neuen / geänderten Erlaubnissen in Kopie beilegen)		

Antragsunterlage für immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren

Formblatt 2.19 / 1

**Unterlagen für
Abwasseranlagen**

Folgende Unterlagen sind beizulegen:

1.1 Ansprechpartner / Gewässerschutzbeauftragter

- Name, Telefon, etc.

1.2 Angaben zur Einleitungsstelle

- Lfd. Bezeichnung
- Abwassermengen in l/s, m³/Tag und m³/Jahr
- Nr. des Kontrollschachtes

2. Angaben zum Vorhaben (Erläuterungsbericht)

Der Erläuterungsbericht muss alle wichtigen, aus der Zeichnung nicht ersichtlichen, zur Genehmigung notwendigen Angaben enthalten.

- Art der Produktion / Technologie (Zuordnung zu einem Anhang der Abwasserverordnung)

2.1 bestehende Verhältnisse

- Lage des Vorhabens
- Hydrologische Daten (Einzugsgebiet, Wasserstände, Abflüsse, Wasserbeschaffenheit)
- Ausgangswerte für die Bemessung und den hydraulischen Nachweis
- geologische, bodenkundliche und morphologische Grundlagen
- Gewässerbenutzungen

2.2 Art und Umfang des Vorhabens

- gewählte Lösung, Alternativen,
- konstruktive Gestaltung der baulichen Anlagen
- Art und Leistung der Betriebseinrichtungen
- beabsichtigte Betriebsweisen
- Mess- und Kontrollverfahren
- Höhenlage und Festpunkte

2.3 Auswirkungen des Vorhabens, insbesondere auf

- die Hauptwerte der beeinflussten Gewässer
- die Wasserbeschaffenheit
- das Gewässerbett und die Uferstreifen
- das Grundwasser und den Grundwasserleiter
- bestehende Gewässerbenutzungen
- Wasser- und Heilquellenschutzgebiete sowie Überschwemmungsgebiete
- Natur und Landschaft, Fischerei
- Wohnungs- und Siedlungswesen
- öffentliche Sicherheit und Verkehr
- Ober-, Unter-, An- oder Hinterlieger
- bestehende Rechte

2.4 Umweltverträglichkeitsprüfung (siehe auch Anlage 2 zum ThürUVPG)

Ist für ein Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, so sind in die Erläuterungen auch folgende Angaben aufzunehmen:

- Bedarf an Grund und Boden
- Beschreibung der Umwelt und ihrer Bestandteile unter Berücksichtigung des allgemeinen Kenntnisstandes und der allgemein anerkannten Prüfungsmethoden, soweit dies zur Feststellung und Beurteilung aller sonstigen, für die Zulässigkeit des Vorhabens erheblichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt erforderlich ist.
- Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt, insbesondere von Emissionen, Anfall von Reststoffen und Abfällen
- Beschreibung der Maßnahmen, mit denen erhebliche Beeinträchtigungen der Umwelt vermieden, vermindert oder soweit möglich ausgeglichen werden, sowie der Ersatzmaßnahmen bei nicht ausgleichbaren, aber vorrängigen Eingriffen in die Natur und Landschaft
- Auswahl aus verschiedenen Alternativen, auch Angabe der wesentlichen Auswahlgründe unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Umwelt

**Antragsunterlage für immissionsschutzrechtliches
Genehmigungsverfahren**

Formblatt 2.19 / 2

**Unterlagen für
Abwasseranlagen**
3. Angaben zur Abwasseruntersuchung
3.1 Probenahmestellen / Kontrolleinrichtungen (ggf. im Teilstrom)

- Lfd. Nr.
- Bezeichnung der Kontrollstelle
- Abwassermenge je Kontrollstellen in l/s, m³/Tag, m³/Jahr
- Methoden der Abwasseruntersuchung (Standard- / gleichwertige Verfahren)
- Untersuchungshäufigkeit

3.2 Eigenkontrolle durch den Einleiter gemäß ThürAbwEKVO bzw. wasserrechtlicher Zulassung

Stoffe / Stoffgruppen	Analyseverfahren Standard / gleichwert. Verfahren	Untersuchungshäufigkeit

4. Lagepläne / zeichnerische Unterlagen
4.1 Lagepläne des Betriebes (M 1 : 500 bis 1 : 2 500)

Es ist ein beglaubigter Auszug aus dem Liegenschaftskataster oder ein Lageplan, erstellt durch einen vereidigten Sachverständigen, der alle Fertigungs- und Abwasseranlagen enthält, die errichtet oder geändert werden, vorzulegen.

4.2 Entwässerungsplan mit Einleitstellen in Sammelkanalisation (M 1 : 200 bis 1 : 1 000)

Insbesondere ist neben den Abwasserbehandlungsanlagen auch die Rohrführung vom Anfall- bzw. Endkontrollschacht bis zur Einleitungsstelle in ein Gewässer oder den Übergangsschacht der öffentlichen Kanalisation unter Angabe des Rohrmaterials, des Rohrdurchmessers, der Schachtabstände und Gefälleverhältnisse einzutragen.

4.3 Bauzeichnungen der Abwasserbehandlungsanlagen

Darstellung im Grundriss, Längs- und Querschnitt über die zu errichtenden Anlagen, unter Eintragung der Hauptabmessungen.
Der Maßstab 1 : 25, 1 : 50, 1 : 100 ist anzugeben.

4.4 Funktionspläne der Abwasserbehandlungsanlagen

Die Zeichnungen müssen unter anderem das Nettovolumen der Becken, die Pumpenleistung, das Material und die Nenndurchmesser der Rohrleitungen sowie die Mess- und Regeltechnik mit Angaben der Messsonden, der Dosierventile, der zugesetzten Chemikalien etc. darstellen.

5. Erteilte Überwachungswerte gemäß wasserrechtlicher Zulassung

Parameter	Überwachungswert	Einheit

6. Angaben zu ggf. bestehenden Auflagen aus Sanierungsbescheiden zum Gewässerschutz

**Antragsunterlage für immissionsschutzrechtliches
Genehmigungsverfahren**

Formblatt 2.21 / 1

**Anzeige einer /Antrag auf Eignungsfeststellung
für eine Anlage zum Umgang mit
wassergefährdenden Stoffen**

Anschrift der Behörde

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen

Bei mehreren Anlagen (Teil-) Anlagen

Anlage Nr. _____

AKN (Dieses Feld füllt die Wasserbehörde aus)

--	--	--

1. Art der Anlage

Lageranlage	Abfüllanlage	Umschlaganlage
Anlage zum Herstellen, Behandeln oder Verwenden	Rohrleitungsanlage	

2. Anlagenbezeichnung

(z. B. Kraftstofftank)

3. Anlagenbetreiber

Name, Vorname / Firma / Einrichtung

Postleitzahl Ort

Straße, Haus-Nr.

Telefon

Telefax

4. Anlageneigentümer (falls nicht identisch mit Betreiber)

Name, Vorname / Firma / Einrichtung

Postleitzahl Ort

Straße, Haus-Nr.

Telefon

Telefax

5. Angaben zum Anlagenstandort

Anlage Nr.

Postleitzahl Ort

Straße, Haus-Nr.

ggf. Bereich (z. B. Gebäude A 1 oder Ortsteil Abc-dorf)

Gemarkung, Flur, Flurstück

geografische Lage nach ETRS89/UTM

Nordwert m

Ostwert m

Antragsunterlage für immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren		Formblatt 2.21 / 2		
		Anzeige einer /Antrag auf Eignungsfeststellung für eine Anlage zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen		
6. Nutzung der Anlage (Wirtschaftszweig)				
private Nutzung	in öffentlicher Einrichtung	land- und forstwirtschaftliche Nutzung		
Handel	Tankstelle, Kfz-Gewerbe	gewerblich	Wirtschaftszweig-Nr. _____	
7. Angaben zu Gewässern und schutzbedürftigen Gebieten				
Name des nächsten oberirdischen Gewässers, Entfernung zum Gewässer _____				
Der Anlagenstandort liegt	im Gewässerrandstreifen	im Deichschutzstreifen		
	in einem Überschwemmungsgebiet			
	in einem Wasserschutzgebiet	Zone _____		
	in einem Heilquellenschutzgebiet	Zone _____		
	in keinem dieser Gebiete	Anlage liegt in einem Erdbebengebiet <small>(http://antares.thueringen.de/cadenza/?jsessionid=46570AAA958A0C06C666DE9A6672C7A1)</small>	Zone _____	
8. Anzeige nach § 40 AwSV bzw. Anlage 7 Nr. 6.1 für: Antrag auf Eignungsfeststellung nach § 63 WHG für:				
die Errichtung einer neuen Anlage die wesentliche Änderung einer bestehenden Anlage		die Stilllegung einer Anlage Inbetriebnahme am (bei bestehenden Anlagen) _____		
9. Wassergefährdende Stoffe in der Anlage, Wassergefährdungsklasse (WGK)				
Heizöl EL, WGK 2	Dieselmotorkraftstoff, WGK 2	Ottomotorkraftstoff, WGK 2	Ottomotorkraftstoff, WGK 3	
Altöl, WGK 3	Jauche	Gülle	Silage, Gärreste	
sonstige wassergefährdende Stoffe <small>(gemäß Auflistung im Formblatt 2.20)</small>		siehe beigefügte Liste		
Stoffbezeichnung _____ _____ _____			WGK _____ _____ _____	
10. Aggregatzustand der Stoffe (Mehrfachnennung möglich)				
fest	flüssig	gasförmig		
11. Gefährdungsstufe der Anlage nach § 39 AwSV und dafür maßgebende Anlagendaten				
Stufe A	Stufe B	Stufe C	Stufe D	Umgang mit ausschließlich allgemein wassergefährdenden Stoffen
Maßgebende/s Volumen/Masse _____ _____ _____			maßgebende Wassergefährdungsklasse _____ _____ _____	
12. Bauart der Anlage				
oberirdisch, im Gebäude		oberirdisch, im Freien	unterirdisch	

Datum

Antragsunterlage für immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren

Formblatt 2.21 / 3

Anzeige einer /Antrag auf Eignungsfeststellung für eine Anlage zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

13 Verzeichnis der beigefügten Unterlagen

Anlage Nr.

Nachweise (gemäß Hinweis- und Erläuterungsblatt zum Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung)

14. Aktuelle Bestandsanlagen (bei wesentlicher Änderung)

Anlage angezeigt, genehmigt, erlaubt oder zugelassen am / durch / Aktenzeichen

Eignungsfeststellung oder Bauartzulassung vom / durch / Aktenzeichen

Anlage vorübergehend stillgelegt am

Wiederinbetriebnahme vorgesehen am

15. Zusätzliche Bemerkungen oder Ergänzungen

Ich versichere, dass meine Angaben sowie die beigefügten Unterlagen vollständig und richtig sind. Ich weiß, dass ich verpflichtet bin, der Wasserbehörde jede wesentliche Änderung der Anlage anzuzeigen.

Ort, Datum

Unterschrift des Betreibers

Antragsunterlage für immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren

Natur und Landschaft

1. Planerische Rahmenbedingungen

Vereinbarkeit des Vorhabens mit:

Regionalem Raumordnungsplan	Plan nicht vorhanden	Plan in Aufstellung
Flächennutzungsplan	Plan nicht vorhanden	Plan in Aufstellung
Bebauungsplan	Plan nicht vorhanden	Plan in Aufstellung
Vorhaben- und Erschließungsplan	Plan nicht vorhanden	Plan in Aufstellung
ausgewiesenen und einstweilig sichergestellten Flächen und natürlichen Bestandteilen		

2. Vorhaben geht über den unter 1. genannten planerischen Rahmen hinaus, und zwar in

a) folgenden Einzelparametern:

oder

b) folgenden Wirkungen des Vorhabens, die nicht festsetzbar sind:

3. Angaben in Zulassungsverfahren ohne vorlaufende Bauleitplanung

I. Vorhabensbeschreibung allgemein (ggf. auch Alternativen)

- 1.1 Bedarfsbegründung
- 1.2 Beschreibung nach Art und Umfang + geprüfte Sonderalternativen / technische Varianten mit Begründung der Auswahl unter Berücksichtigung der typischen Umweltwirkungen (**Erforderlichkeit und Geeignetheit**)
- 1.3 Beschreibung des dem Standort und der gewählten Ausführungsvariante zugrunde liegenden Gesamtkonzeptes und seiner Zielsetzung
- 1.4 langfristig vorgesehene Ausbautvorhaben *wenn für die Rechtfertigung des Vorhabens notwendig*
- 1.5 Anschluss-/Einspeisepunkte und sonstige Einrichtungen der infrastrukturellen Erschließung sowie ggf. damit zusammenhängende Folgemaßnahmen
- 1.6 Beschreibung des Baubetriebes
 - a) Baustelleneinrichtung / Lagerplätze / Erschließung
 - b) jahreszeitlich geplanter Ablauf
 - c) geplanter Endzustand
- 1.7 sonstige Angaben zum Vorhaben *fakultativ*
- 1.8 Übersichtskarte (M 1 : 10 000 oder M 1 : 25 000)
- 1.9 Lageplan

Antragsunterlage für immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren

Formblatt 2.22 / 2

Natur und Landschaft

II. Beschreibung von Natur und Landschaft unmittelbar am Standort und im Einwirkungsbereich des Vorhabens einschließlich bestehender Vorbelastungen

Erfassung und Bewertung von Natur und Landschaft unter Berücksichtigung des allgemeinen Kenntnisstandes und der allgemein anerkannten Prüfungsmethoden, soweit diese Beschreibung für die im Rahmen der §§ 7 und 8 ThürNatG zu treffenden Entscheidungen erforderlich ist und die Behörden über diese Information nicht bereits verfügen, insbesondere Angaben über die Gestalt und Nutzung von Grundflächen, vor allem über

- 2.1 Schutzgebiete und -objekte gemäß ThürNatSchG, BNatSchG und EU-Recht
- 2.2 Biotope (Typen nach d. Thüringer Landesschlüssel, TMLNU 1999, und deren Ausprägung)
- 2.3 Bestand und Bestandsentwicklung streng geschützter und bedeutsamer Tier- und Pflanzenarten und -gesellschaften mit Angabe von Schutzstatus und Gefährdung
- 2.4 Darstellung und Bewertung des Landschaftsbildes (Besonderheiten, Eigenart, Schönheit), strukturbildender Landschaftsbestandteile und Einzelelemente sowie ggf. vorhandener Vorbelastungen, ggf. unter Zuhilfenahme vorliegender Fachplanungen wie Landschaftsrahmenplan, Landschaftsplan
- 2.5 Grundwasservorkommen, Grundwasserneubildungsgebiete und Deckschichten
- 2.6 Geländemorphologie, Bodenarten, Bodentypen
- 2.7 Geländeklima
- 2.8 Nutzungsarten und -intensitäten, wie z. B. in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Erholungseignung
- 2.9 Nutzung für Zwecke des Natur- und Landschaftsschutzes einschließlich kulturhistorischer Nutzungsformen
- 2.10 Kumulierende Anlagen i. S. § 3 b Abs. 2 UVPG
- 2.11 Kartographische Darstellung (M 1 : 5 000)

III. Beschreibung der mit dem Vorhaben verbundenen Auswirkungen auf Natur und Landschaft

insbesondere Angaben über

- 3.1 Veränderungen der Gestalt oder der Nutzung von Grundflächen
- 3.2 die durch die Veränderung beeinträchtigte Funktions- und Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes durch Störungen der belebten und unbelebten Faktoren des Naturhaushaltes und deren Wirkungsgefüge (z. B. Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Wasser, Klima / Luft und Boden) in dem betroffenen Landschaftsraum
- 3.3 das durch die Veränderungen beeinträchtigte Landschaftsbild durch Störungen der sinnlich wahrnehmbaren, die Landschaft prägenden und sie charakterisierenden Formen und Strukturen (z. B. Geländegestalt, Gewässer, Pflanzen und Tiere, Nutzungen)
- 3.4 die durch die Veränderungen / Störungen bewirkte Beeinträchtigung der Erholungseignung des Landschaftsraumes
- 3.5 Erfassung umweltrelevanter Wirkungen auf die Schutzgüter von naturschutzrechtlich besonders geschützten Gebieten und -objekten und streng geschützter Tier- und Pflanzenarten; ggf. als Grundlage für eine FFH-Vorprüfung oder anschließenden FFH-Verträglichkeitsprüfung
- 3.6 die voraussichtliche Dauer der Beeinträchtigungen, ggf. Aussage zum Rückbau nach Nutzungsaufgabe
- 3.7 Angaben über die Erheblichkeit und Nachhaltigkeit der Beeinträchtigungen
- 3.8 Kartographische Darstellung (M 1 : 5 000)

IV. Beschreibung von Maßnahmen zur Vermeidung oder Verminderung der Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft, insbesondere Angaben über

- 4.1 ob und ggf. wann der Eingriff in die Natur und Landschaft objektiv für die Verwirklichung des Vorhabens erforderlich ist
- 4.2 ob und ggf. durch welche Maßnahmen das Maß der Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft gemindert werden kann

Antragsunterlage für immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren

Formblatt 2.22 / 3

Natur und Landschaft

V. Beschreibung der Maßnahmen zum Ausgleich von unvermeidbaren Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft (Ausgleichsmaßnahmen) insbesondere Angaben

- 5.1 zu Maßnahmen im räumlich-funktionalen Zusammenhang mit dem Eingriff, die geeignet sind, die gestörten Funktionen des Naturhaushaltes gleichartig und gleichwertig wiederherzustellen
- 5.2 zu Maßnahmen, die zur Wiederherstellung oder landschaftsgerechten Neugestaltung des Landschaftsbildes führen
- 5.3 zum voraussichtlichen Zeitpunkt des Wirksamwerdens von Ausgleichsmaßnahmen
- 5.4 zum voraussichtlichen Zeitpunkt, an dem im Ergebnis von Ausgleichsmaßnahmen keine erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes mehr gegeben sind
- 5.5 Kartographische Darstellung

VI. Angaben zu gestärkten Funktionen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes, die nicht in erforderlichem Maße und in überschaubaren und damit kontrollierbaren Zeiträumen wiederherstellbar sind (Nichtausgleichbarkeit)

insbesondere ist dabei zu prüfen, ob eine Störung der anfolgend genannten Funktionen eine Nichtausgleichbarkeit des Eingriffes erwarten lässt:

- 6.1 Arten
- 6.2 Biotope
- 6.3 Landschaftsbild / Erholungseignung

VII. Beschreibung der Maßnahmen zum Ersatz von nicht ausgleichbaren Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft (Ersatzmaßnahmen), insbesondere Angaben

- 7.1 zu Maßnahmen, die geeignet sind, die gestärkten Funktionen des Naturhaushaltes in dem vom Eingriff betroffenen Landschaftsraum ersatzweise und möglichst gleichartig - zumindest gleichwertig - zu gewährleisten
- 7.2 zu Maßnahmen, die zu einer Verbesserung des vom Eingriff betroffenen Landschaftsraumes beitragen
- 7.3 zum voraussichtlichen Zeitpunkt des Wirksamwerdens von Ersatzmaßnahmen
- 7.4 Kartographische Darstellung

VIII. Ausgleichsabgabe gemäß ThürNatAVO für nach der Umsetzung von naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen verbleibende erheblich oder nachhaltige Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes

Thüringer Verordnung über die naturschutzrechtliche Ausgleichsabgabe (ThürNatAVO) vom 17. März 1999, Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen Nr. 10 - Tag der Ausgabe: Erfurt, den 21. Mai 1999, S. 254 ff.;

IX. Nachweis der dringlichen Sicherung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gem. V. und VII. sowie ggf. Aufbereitung dieser Daten zur Übernahme in das digitale Eingriffs-Kompensations-Informationssystem (EKIS)

Mitteilung von obligatorischen Projektinformationen an die Naturschutzbehörde bei Eingriffen in Natur und Landschaft gemäß §§ 6 ff. ThürNatG, Gemeinsame Bekanntmachung des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, des Thüringer Innenministeriums und des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur vom 24. Januar 2000, Thüringer Staatsanzeiger Nr. 7 / 2000, S. 360 ff.